

Migrationsdebatte im Wahlkampf: Richtungswechsel in der Politik?

Am 13. Januar 2025 diskutieren Experten in Berlin über die Migrationsdebatte im Wahlkampf und die künftige Asylpolitik.

Solingen, Deutschland - Am Montag, den 13. Januar 2025, wird die Sendung „hart aber fair“ live aus Berlin ausgestrahlt. Das zentrale Thema der Diskussionsrunde ist die Migrationsdebatte im Kontext des laufenden Wahlkampfs. Zu den Gästen gehören prominente Vertreter aus Politik und Gesellschaft, darunter Jens Spahn (CDU, stellvertretender Fraktionsvorsitzender), Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages) sowie Nahla Osman, Rechtsanwältin und Vorsitzende des Verbands deutsch-syrischer Hilfsvereine. Weitere Diskutanten sind Christoph Schwennicke (Mitglied der Chefredaktion bei „T-Online“), Tanja Schweiger (Freie Wähler, Landrätin des Landkreises Regensburg), Frank Bräutigam (ARD-Rechtsexperte) und Bardia Razavi (Jurist und Richter mit deutscher und iranischer Staatsbürgerschaft).

Laut einer aktuellen Umfrage des DeutschlandTrend halten die Deutschen das Thema Flucht und Zuwanderung für das wichtigste politische Anliegen. Das Bundesamt für Migration hat zudem einen Rückgang der Asylanträge um knapp 30 Prozent für das Jahr 2024 gemeldet. In der Diskussion wird auch die Notwendigkeit einer härteren Migrationspolitik erörtert, wie sie von den Unionsparteien gefordert wird. Zudem stellt sich die Frage, ob Menschen mit doppeltem Pass die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt werden sollte. Für weitere

Informationen und Kontaktmöglichkeiten zur Sendung können Interessierte die Plattform „hart aber fair“ besuchen unter www.hartaberfair.de.

Hintergrund zur Migrationspolitik

Die Migrationspolitik der Bundesregierung wird auch durch tragische Vorfälle geprägt. Nach einer tödlichen Messerattacke in Solingen, die von einem syrischen Tatverdächtigen verübt wurde und mutmaßlich islamistisch motiviert war, sind Verschärfungen im Asylrecht geplant. Wie die **Bundeszentrale für politische Bildung** berichtet, sollen Asylsuchende, die bereits in einem anderen EU-Land registriert sind, künftig in Deutschland keine Leistungen erhalten. Zudem wird eine Task Force von Bund und Ländern eingerichtet, die sich um die Rückführung von Dublin-Fällen kümmern soll.

Der Vorfall in Solingen, bei dem ein 26-jähriger Syrer während eines Stadtfests gezielt auf Besucher einstach und drei Todesopfer sowie acht Verletzte forderte, hat eine Debatte über die Sicherheitslage in Deutschland und die Herausforderungen der Asylpolitik entfacht. Der Tatverdächtige war 2022 nach Deutschland eingereist und hatte einen Asylantrag gestellt, dessen Prüfung aufgrund seiner vorherigen Registrierung in Bulgarien abgelehnt worden war. Diese Entwicklungen unterstreichen die aktuellen Herausforderungen in der Migrationspolitik und die anhaltenden Diskussionen über Asyl und Integration in Deutschland.

- Übermittelt durch **West-Ost-Medien**

Details	
Vorfall	Messerangriff, Körperverletzung
Ursache	islamistisch motiviert
Ort	Solingen, Deutschland
Verletzte	8
Festnahmen	1

Details

Quellen

- cityreport.pnr24-online.de
- www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at